



PRESSEMITTEILUNG des ALV M-V vom 29. September 2016

Armutsgefährdung bei Arbeitslosen in M-V gestiegen Arbeitslosenverband fordert im Kampf gegen Armut und Politikverdrossenheit öffentlich geförderte Beschäftigung und Änderungen an Hartz IV

Anlässlich der Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen für den Monat September fordert der Vorsitzende des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Jörg Böhm, die neue Landesregierung auf, **sich im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit und damit verbundene Armut mehr zu engagieren und zum Beispiel öffentlich geförderte Beschäftigung im Land zu ermöglichen.**

„Erst anlässlich des Weltkindertages am 20. September wurde auch die Armut in M-V in den Medien ausführlich dargestellt und diskutiert. „Je länger Kinder in Armut leben, desto negativer sind die Folgen für ihre Entwicklung und ihre Bildungschancen. Sie haben häufig kein eigenes Zimmer, keinen Rückzugsort für Schularbeiten, essen kaum oder gar kein Obst und Gemüse. Verglichen mit Kindern in gesicherten Einkommensverhältnissen sind arme Kinder häufiger sozial isoliert, gesundheitlich beeinträchtigt und ihre gesamte Bildungsbiografie ist deutlich belasteter“, zitiert Böhm die Bertelsmann-Stiftung.

Statt das Problem klein zu reden und sich mit kleinen Erfolgen zufrieden zu geben, sei es endlich an der Zeit, diesen Skandal zu beenden. Im Mai (Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten) lebten in Mecklenburg-Vorpommern nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 17.817 Alleinerziehende- und 11.148 Paare mit ca. 40.000 Kindern von Hartz IV. Hinzu kämen tausende Alleinerziehende und Paare, knapp über dem Hilfeniveau.

„Darüber hinaus ist **die Armutsgefährdung bei Arbeitslosen in M-V in den letzten zehn Jahren laut Statistischem Landesamt um 14,4 Prozent gestiegen.** Wir brauchen einfach eine bessere Integration der Eltern in Beschäftigung, auch in öffentlich geförderte

Beschäftigung. Dazu haben mehrere Organisationen, u.a. der Landkreistag und der DGB, ihre Erwartungen an die neue Landesregierung formuliert und am 13. September in einer Erklärung veröffentlicht. Mein Verband unterstützt diese Forderungen. **Öffentlich geförderte Beschäftigung ist kein Teufelszeug sondern sinnstiftend und werteorientierend. Kein Kind sollte in einer Familie aufwachsen, in der beide Eltern keine Erwerbsarbeit haben und auch ältere arbeitslose Frauen und Männer wollen noch gebraucht werden.** In einer Gesellschaft, die durch Erwerbsarbeit geprägt wird bedeuten das Fehlen von Arbeit und damit verbundene Armut gleichzeitig Ausgrenzung und sozialer Abstieg. Wie viele Menschen mussten das in den letzten Jahren durchleben und haben sich enttäuscht von der Politik abgewendet, die sich ihren persönlichen Problemen nicht zugewendet hat? Stattdessen wurden bürokratische Hürden aufgebaut und es wird beinahe mehr in die Verwaltung von ein paar Euro investiert statt, sich den Menschen zuzuwenden und mit ihnen gemeinsam nach einer sinnvollen Perspektive zu suchen. **Öffentlich geförderte Beschäftigung, zum Beispiel ein Gemeindearbeiterprogramm oder der Einsatz im sozialen Bereich, kann in mehrfacher Hinsicht sinnvoll sein.** Es gibt viel Arbeit, die brach liegt und auch nicht gewinnbringend erbracht werden kann, und mit entsprechender Förderung im Interesse des Gemeinwohls realisiert werden könnte. Was anderes als öffentlich gefördert Beschäftigung stellen die gesamte öffentliche Verwaltung, die Bundeswehr, die Feuerwehr oder die Wirtschaftsförderung dar? **Ich erwarte von der neuen Landesregierung und auch von der CDU im Land, dass wir gemeinsam endlich ernsthaft über Beschäftigungsmöglichkeiten für langzeitarbeitslose Frauen und Männer nachdenken** und Lösungen finden für alle die, die arbeiten können und arbeiten wollen. Dazu gehört auch, die Bürokratie und andere Hemmnisse abzubauen und die Hartz IV-Regelsätze bedarfsgerecht zu ermitteln und armutsfest zu machen“, so Böhm

V.i.S.d.P. Jörg Böhm, Landesvorsitzender, Tel. 0176 – 20 522 612